



Foto: Martin Heilmann

Mit 40.000 Teilnehmern hatten die Veranstalter der Berliner Demonstration „für eine offene und freie Gesellschaft“ gerechnet. Ihre Erwartungen wurden weit übertroffen. Letztlich zählten sie über 240.000 Demonstranten.

## Menschlichkeit statt Abschottung

Linke Vorschläge für eine solidarische Einwanderungspolitik

! Fast eine viertel Million Menschen demonstrierte in Berlin für eine offene und freie Gesellschaft. Doch DIE LINKE demonstriert nicht nur mit, sondern setzt sich auch mit den inhaltlichen Fragen dieser Politik auseinander. Aus diesem Grund veranstalten die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN, der Parteivorstand der LINKEN und die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin am 16. und 17. November in Berlin eine Konferenz, auf der das Konzept einer linken Flüchtlings- und Einwanderungsgesetzgebung im Mittelpunkt steht. Dieses Konzept basiert nicht auf den

Bedarfen des Arbeitsmarktes, sondern auf den Prinzipien der Freizügigkeit und der Garantie der universellen Menschenrechte. Es fußt auf vier Säulen: Integration, Einwanderungs-, Asyl- und Staatsbürgerschaftsrecht. Diesen Ansatz, der den sozialen Anknüpfungspunkt von Einwandernden in den Mittelpunkt stellt, sollen die Konferenzteilnehmer debattieren und weiterentwickeln. Einwanderung und Migration – das gab es historisch schon immer. Menschen setzen sich in Bewegung. Sie überwinden Grenzen und ganze Kontinente. Die Gründe dafür sind vielfältig: Flucht vor Hunger und Armut und politischer

Verfolgung zählen genauso dazu, wie die Suche nach einem Arbeitsplatz. An ihren neuen Lebensorten entwickeln Menschen soziale Bezüge und tragen zum gesellschaftlichen Leben bei. Sie gründen Familien, beteiligen sich am politischen Gemeinwesen und am kulturellen Leben. Die internationale Gemeinschaft hat im 20. Jahrhundert aus dieser Realität gelernt. Sie hat allen Menschen unveräußerliche Schutz- und Teilhaberechte zugesprochen – und damit die Grenzen der Nationalstaaten durchlässig gemacht: Menschen, die flüchten, erhalten ein Recht auf Asyl, das ihr Leben schützt. Die Inte-

grität der Menschen, die ihren Lebensort verändern, wird rechtlich anerkannt. Sie erhalten grundlegende Rechtsansprüche. Auch in den nationalen Verfassungen der Nachkriegszeit und der Konstitutionalisierung der Europäischen Union und des Europarats ist dieser Lernprozess ablesbar. Heute muss dieser Lernprozess, der im 20. Jahrhundert errungen wurde, nochmals verteidigt, durchgekämpft und neu orientiert werden. Die massiven Fluchtbewegungen der letzten Jahre, die anstehenden Fluchtbewegungen durch verschärfte Krisen und den Klimawandel sowie die Verbreitung der Erkenntnis, dass alle Gesellschaften Einwanderungsgesellschaften waren und sind, machen eine Neuordnung erforderlich. Deshalb schlägt die LINKE ein eng mit dem europäischen und internationalen Menschenrechtsschutz verzahntes Einwanderungsgesetz vor. Es treibt den Lernprozess weiter und akzeptiert die Realitäten: Dort wo Menschen leben, arbeiten und ihre sozialen Bezüge aufbauen und zum gesellschaftlichen Leben beitragen, sollen sie auch die Möglichkeit haben, im vollen Sinne am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und einen abgesicherten und dauerhaften Rechtsstatus als Einwanderer erhalten. Darüber hinaus muss die Chance auf eine vollumfängliche Staatsbürgerschaft all jenen offenstehen, die über einen längeren Zeitraum in der BRD leben oder hier geboren werden. Die Optionen der anderen Parteien im Umgang mit dieser Entwicklung sind unrealistisch. Sie verkennen den Umstand, dass wir schon längst in einer Einwanderungsgesellschaft leben und sie verkennen den Charakter der Migration. Bei den Diskussionen um die Einwanderung geht es nicht nur um Fragen der Inklusion; es geht grundlegender um die Frage, was die soziale Basis unseres Gemeinwesens ist.

### Gysi meint...

## Große Koalition der Unglaubwürdigkeit

” Die Wahlen in Hessen und Bayern waren ein vernichtendes Urteil über Union und SPD und die große Koalition. Zusammen über 20 Prozent Minus sprechen für einen gewaltigen Verlust an Akzeptanz wegen wachsender Unglaubwürdigkeit. Wenn Union und SPD einerseits einen Krieg mit Menschenrechtsverletzungen wie gegen Jugoslawien rechtfertigen und andererseits an ein menschenrechtsverletzendes Land wie Saudi Arabien,

das Krieg führt, immer mehr Waffen liefern – wie soll da ein Minimum an Glaubwürdigkeit entstehen? Dasselbe gilt, wenn diese Parteien beim Diesel-Skandal an der Seite der Autokonzerne und nicht der betrogenen Kundinnen und Kunden stehen.

Union und SPD wollen nun zur Sacharbeit zurück. Das klingt in den Ohren vieler wie eine Drohung, denn das heißt, dass sich an den politischen Inhalten nichts ändern soll. Der größte

Fehler der SPD war das Ja zur dritten großen Koalition. Kaum jemand kann Union und SPD unterscheiden. Die Union hat sich ein kleines Stück auf die SPD zubewegt, die SPD ein großes Stück auf die Union. Unter Willy Brandt war die SPD die Alternative zur Union, davon kann heute keine Rede mehr sein. Deshalb ist sie im freien Fall. Wenn beide Parteien dies aber offenkundig nicht einsehen, erleben wir irgendwann, dass eine Person wie Trump, die außerhalb des politischen Establishments steht, alles abräumt. Und ich sage als nichtgläubiger Mensch: Um Gottes willen.

Die Volksparteien alten Typs sind Geschichte, absolute Mehrheiten einer Partei ebenso nur noch sehr schwer vorstellbar wie Wahlergebnisse für eine Partei von mehr als 40 Prozent. Hoffnung machen Großdemonstrationen wie #unteilbar in Berlin, gegen das Polizeigesetz in München, gegen das Abholzen des Hambacher Forstes und gegen die Wohnungsnot. Die Grünen sind erfolgreich, weil sie als Gegenüber zur AfD gelten. Die Linke muss schnellstens darüber nachdenken, warum ihr das nicht gelingt und Schlussfolgerungen ziehen.







Foto: Grün-Berlin

Nur einen Monat lang bleibt der Info-Pavillon Sonntags am Nachmittag geöffnet, dann folgt eine Winterpause. Ab März wird dort das Konzept von Grün-Berlin wieder präsentiert.

## Info-Pavillon Spreepark

Parkkonzept soll im Abgeordnetenhaus neu diskutiert werden



Kunst, Kultur und Natur: Diese drei Themen soll der neue Spreepark an einem Ort vereinen. Wie der zukünftige Park nach dem bisherigen Konzept realisiert werden soll, darüber informieren die Grün Berlin GmbH, die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz und der

Bezirk Treptow-Köpenick in einem neu eröffneten Info-Pavillon. „Neben den regelmäßig stattfindenden Beteiligungsformaten für die vielen Interessierten wollen wir zusätzlich eine Möglichkeit geben, vertiefte Einblicke in die zukünftige Gestaltung zu gewinnen“, sagt Grün Berlin-Geschäftsführer Christoph

Schmidt. „Die große Zahl der Teilnehmer an unseren bereits seit 2016 angebotenen Partizipationsformaten und Führungen zeigt das starke Interesse der Bevölkerung am Spreepark-Konzept“. Der neue Info-Pavillon öffnete am 21. Oktober 2018, zunächst bis Ende November 2018 jeweils sonntags von

12 bis 16 Uhr. Je nach Witterung erfolgt im Jahr 2019 eine regelmäßige Öffnung ab März. Der Pavillon steht in einem bereits durch Bauarbeiten gesicherten Bereich des Spreeparks, der aufgrund von teilweise maroden Anlagen aktuell noch nicht nutzbar ist.

Die Ausstellung zeigt, wie ein spannender Dialog zwischen der bewegten Vergangenheit des ehemaligen Vergnügungsparks und heutigen Formen und Medien der Kunst hergestellt werden könnte. Die noch vorhandenen Gebäude und ehemaligen Fahrgeschäfte sollen nicht wieder in ihrer ursprünglichen Form genutzt werden, sondern könnten Raum bieten für Installationen und Skulpturen, für Interventionen, Performances und Veranstaltungen. So soll ein durch Künstler gestalteter Ort für künstlerische und kulturelle Nutzungen entstehen. Gleichzeitig ermöglicht das Konzept den Erhalt der schützenswerten Natur im Spreepark. Eine behutsame Weiterentwicklung, die den Charakter des Ortes als ehemaligen Freizeitpark einfängt, gewährleistet eine sensible Integration in das Landschaftsschutzgebiet Plänterwald.

**Mittlerweile ist die Konzeption der Grün-Berlin für den Spreepark aber auf Kritik gestoßen. In der Abgeordnetenhaus-Fraktion DIE LINKE wird derzeit darüber diskutiert. Wichtig ist der Linksfraktion, den Spreepark nicht als eingezäunten „Bezahlpark“, sondern allgemein kostenlos zugänglich zu machen.**

## Anders, als ihr denkt

Die neue Wochenendzeitung von „neues deutschland“

Immer mehr Menschen greifen zu Wochenzeitungen, wenn sie sich in der guten alten Papierzeitung informieren. Mehr als in Tageszeitungen erwarten sie dort recherchierte Hintergrundinformationen, Analysen, Einordnungen und Erklärungen von aktuellen Vorgängen. Gründlicher, als es in der Eile des Tagesjournalismus möglich ist, will deshalb die neue Wochenendausgabe hinter Fassaden der Politik und ihrer Akteure schauen, hinter die Wortkulissen, auf Vorgeschichten und Zusammenhänge von politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Debatten. „nd.DIE WOCHE“ heisst das neue Produkt aus dem Haus am Berliner Franz-Mehring-Platz 1. Sie ging am 20. Oktober an den Start. Leserinnen und Leser können künftig mehr selbst recherchierte Beiträge erwarten, mit genauen Beschreibungen der Situation, aus denen neue Erkenntnisse gewonnen und Debatten bereichert werden können. Über Bürger wird oft geredet, aber viel zu selten mit ihnen. „nd.DIE WOCHE“ will es anders machen und wird Men-

schen vorstellen, die politisch aktiv sind, die das, was Politiker entschieden haben, hautnah erleben. „Wir machen uns auf die Suche nach Konzepten für eine soziale, menschenfreundliche Gesellschaft und lassen kritische Sozial- und Geisteswissenschaftler zu Wort kommen. Eine linke, menschenfreundliche Politik braucht eine theoretische Basis – so wie die neoliberale Politik sich auf eine theoretische Basis stützen konnte und kann“, so Eva Roth, die stellvertretende Chefredakteurin, in einem Beitrag an die Leserinnen und Leser von „nd“. Das, was sie sich immer wieder wünschen: nichts Beliebigen, keine braven Artikel sondern Texte mit Biss. Voilà, hier kommen sie... (nd)

**Ein Angebot für blättchen-Leser zum Kennenlernen:**

Zur Probe: 9 x „nd.DIE WOCHE“ für 9 EUR freihaus im Briefkasten. Bestellbar im Internet unter: [dasND.de/ndWocheProbe](http://dasND.de/ndWocheProbe)

## Steter Tropfen...

Gerichtsentscheid endlich umsetzen

Seit Jahren bemühen sich ehemalige Angehörige der Volkspolizei darum, dass das Verpflegungsgeld, das sie in ihren aktiven Zeiten erhalten haben, als „Arbeitsentgelt“ anerkannt und von der zuständigen Behörde des Landes Berlin an die Deutsche Rentenversicherung gemeldet wird. Dies kann sich gerade für die unteren Dienstgrade Renten erhöhend auswirken. Das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg hatte bereits 2016 entschieden, dass das Verpflegungsgeld als Arbeitsentgelt anzuerkennen sei. Das Land Berlin hat aber noch im Mai vergangenen Jahres eine solche Anerkennung abgelehnt, weil es keine „gesicherte Rechtsprechung“ dazu gäbe. Der Abgeordnete Carsten Schatz hat sich deshalb in einer Reihe von Schriftlichen Anfragen an den Senat gewandt und darauf hingewiesen, dass es inzwischen weitere Gerichtsentscheidungen in Sachsen-Anhalt, Bayern und Sachsen gegeben hat, die alle genauso entschieden haben wie das hiesige Landessozialgericht.

In der Antwort auf die letzte Schriftliche Anfrage (Nr. 18/16165) teilt die jetzt zuständige Senatsverwaltung für Inneres mit, dass „das Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 24. Februar 2016 – L 16 R 649/14 –, das den Entgeltcharakter des Verpflegungsgeldes festgestellt hatte, nunmehr allgemein umzusetzen ist. Die Polizeibehörde wurde daraufhin gebeten, diese Entscheidung entsprechend umzusetzen.“

■ ■ Carsten Schatz, MdB

## AG Soziales

Für das nächste Jahr ist geplant, die „AG Soziales“ wiederzubeleben. Als Format soll einmal im Quartal ein „Sozialpolitisches Frühstück“ veranstaltet werden, um über Themen der Sozialpolitik im Bezirk zu reden, ggf. Veranstaltungen zu planen und inhaltlich dem Bezirksvorstand und der Fraktion zuzuarbeiten. Dabei sollen sozialpolitische Schwerpunkte im Bezirk formuliert werden. (Interessierte können sich an [kerntopf@linksfraktion-tk.de](mailto:kerntopf@linksfraktion-tk.de) wenden)





Aus dem

# Rathaus

TREPTOW-KÖPENICK

Ausgabe Nr. 245  
November 2018  
Fraktion DIE LINKE  
in der BVV Treptow-Köpenick



Foto: Theo Schneider

Im vergangenen Jahr hatten Bürger mit Flugblättern und einem Transparent gegen die geplante Wahl des AfD-Verordneten Stahlberg als Bürgerdeputierter protestiert. In einem Facebookbeitrag hatte er eine Meldung über Protest gegen Rassismus gleichgesetzt mit einem Bild von SA-Männern vor jüdischen Geschäften und „Kauft nicht bei Juden“-Schildern.

## So funktioniert die Provokationsspirale der AfD

**AfD nutzt Geschäftsordnung um Sitzung in die Länge zu ziehen**



Geradezu exemplarisch konnte auf der Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Oktober beobachtet werden, welche Strategie die Ein-Thema-Partei AfD wiederholt nutzt, um ihr Anliegen Fremdenfeindlichkeit ins Gespräch zu bringen.

Das einfache Rezept geht so: 1. Man nehme ein Thema, bei dem sich die meisten demokratischen und vernünftigen Menschen einig sind. 2. Dann spiele man Betroffenheit und wünsche vorgeblich Verbesserungen. 3. Wenn alle zuhören, dann zeige man mit ausgestrecktem Finger auf die vermeintlich Schuldigen und das eigentliche Ziel der Debatte: Nichtdeutsche, Ausländer, Muslime. Dann fällt es leicht, sich auf einen angeblichen demokratischen Konsens zu berufen, bringt Fremdenfeindlichkeit geschickt unter und streut, mit etwas Glück, noch Streit. Aufmerksamkeit ist gewiss. Welche Positionen die AfD dabei tatsächlich vertritt, spielt keine Rolle (siehe Kasten).

Genau diese Strategie verfolgte die AfD auf der Sondersitzung der BVV, die nö-

tig geworden war, weil zuvor zu viele Tagesordnungspunkte vertagt werden mussten. Dass die Tagesordnung nicht abgearbeitet werden kann, passiert indes immer öfter, weil die AfD die Geschäftsordnung nutzt, um die Sitzungen unnötig in die Länge zu ziehen.

Mit einer Großen Anfrage wollte die AfD nun etwas über antisemitische Vorfälle in Treptow-Köpenick wissen. Dass Antisemitismus bei allen anderen Parteien in der BVV ein nicht tolerier- und hinnehmbares Phänomen ist, dessen konnte sie sich sicher sein (1). Offensichtlich auch, was dann folgte: Die AfD zeigte angebliche Solidarität mit den Opfern (2) und zeigte mit dem Finger auf die vermeintlich Schuldigen. Klar - angebliche nichtdeutsche Muslime (3). Das gleiche einstudierte Rezept probt die AfD auf allen Ebenen der Politik, von der BVV bis zum Bundestag. Nur die Zutaten variieren gelegentlich. Mal geht es vorgeblich um homosexuelle Menschen, dann um Juden, die Rechte von Frauen oder gar die Demokratie an sich, während die angeblichen Gefährder für die AfD immer die Gleichen bleiben.

Der Vorsitzende des Integrationsausschusses, Christian Kerntopf (DIE LINKE), erwidert der AfD: „2017 gab es in Berlin 231 antisemitische Vorfälle, von denen 202 von Rechten verübt wurden. Sie suggerieren, Antisemitismus sei ein Problem mit Zuwanderern. Das ist faktisch falsch. Jüdinnen und Juden brauchen unsere Unterstützung und Solidarität, unabhängig von der vermeintlichen Herkunft der Täter. Es geht ihnen hier nicht darum, Antisemitismus zu thematisieren, sondern darum, ihre Haltung zu Musliminnen und Muslimen in die Öffentlichkeit zu bringen. Das ist im Kern eine rassistische Argumentation. Wenn es ihnen um Antisemitismus ginge, müssten sie ihren Vorsitzenden Alexander Gauland ausschließen, der die Shoah, den Nationalsozialismus, die schlimmsten antisemitischen Verbrechen der Geschichte als Vogelschiss bezeichnet hat.“

Es ist offensichtlich, dass es der AfD nur um Propaganda gegen Musliminnen und Muslime geht und dagegen stellen wir uns“.

● Joseph Rohmann

## Beschlüsse

**Nachfolgende Anträge wurden in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlossen. Antragsteller in Klammern.**

- VIII/0216** Stärkung touristischer Potentiale für die Altstadt Köpenick (Wirtschaftsausschuss)
- VIII/0436** Süd-Ost-Verbindung (SOV) weiterplanen und bauen – Baumschulenweg vom Durchgangsverkehr entlasten (CDU, Beitritt: SPD)
- VIII/0497** Erhalt und Ausbau von Fraueninfrastrukturstellen in Treptow-Köpenick (SPD, DIE LINKE, Grüne)
- VIII/0553** Zeitweiliger Ausschuss „Insel im 'Rotsch-Hafen'“ einrichten (SPD, DIE LINKE, CDU, B90/Grüne, Einzelverordnete (FDP))
- VIII/0559** Beitritt des Bezirks Treptow-Köpenick zur Initiative „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) (SPD, DIE LINKE)

**Diese Themen nutzt die AfD, um gegen geflüchtete Menschen, Asylbewerberinnen und Asylbewerber, Musliminnen und Muslime sowie Ausländerinnen und Ausländer zu hetzen. Dabei sind die Positionen und das Handeln der AfD selbst ein Problem.**

- Antisemitismus: Die AfD versucht sich betont solidarisch mit Jüdinnen und Juden zu zeigen. Wichtige AfD Politiker sprechen in Bezug zum Holocaust aber schon mal von „Fliegenschiss“ (Gauland), oder von einem „Denkmal der Schande“ und fordern eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ (Höcke).
- homosexuelle Menschen: Die AfD will die Ehe für Alle abschaffen, AfD Politiker verbrennen eine Regenbogenfahne (BZ), reden von einem „perversen Zeitgeist“, dem man nicht nachgeben dürfe (Höcke) oder gar einer „degenerierten Spezies“ (Nerstheimer)
- Frauenrechte: Für die AfD ist das „Gendergaga“ (v. Storch), sie lehnt Antidiskriminierungsgesetze ab (Wahlprogramm 2017) und führt „Ich bin keine Feministin“-Kampagnen (Junge Alternative) durch. Alleinerziehende will die AfD nicht unterstützen, da sie am „Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern“ (Wahlprogramm 2017) festhalten will.





Foto: Joseph Rohmann

## Neue Schulbroschüre erschienen



Das Bezirksamt hat die Broschüre „Weiterführende allgemein bildende Schulen in Treptow-Köpenick“ für das Jahr 2019 neu herausgegeben. Enthalten sind Kontaktdaten und Informationen zu den Schulprofilen

- der Integrierten Sekundarschulen (incl. Gemeinschaftsschulen)
- der Gymnasien
- des OSZ Wirtschaft
- der Förderzentren und
- der Schulen in freier Trägerschaft.

Die Broschüre gibt einen Überblick über die pädagogischen Konzepte und die vielfältigen Angebote der weiterführenden Schulen. Sie ermöglicht den Eltern, sich gemeinsam mit den Schülern die passende Schule auszuwählen, um einen bestmöglichen Schulabschluss und damit gute Voraussetzungen für das Berufsleben oder das Studium zu ermöglichen. Die Broschüre wurde an die Schülerinnen und Schüler der 6. Klassen verteilt und ist zum Download auf der Internetseite des Schul- und Sportamts erhältlich.“

Endlich ist die elektronische Beschilderung auf der A113 wieder funktionsfähig

# Autobahn A113 wird wieder automatisch geregelt

Die defekten Nässe Sensoren sind endlich repariert



Die defekten Nässe Sensoren auf der Autobahn 113 seien repariert, eine Geschwindigkeitsregulierung finde jetzt wieder durch die elektronische Beschilderung statt, teilt der zuständige Staatssekretär für Umwelt und Klimaschutz mit. Die Blechbeschilderung 60km/h bei Nässe wurde inzwischen abgebaut. „Ich bin froh, dass dieses Problem beho-

ben wurde. So hat die lästige alljährliche Sommerbaustelle auf der A113 doch eine spürbare Verbesserung gebracht“, so Tino Oestreich aus der Fraktion DIE LINKE. Oestreich hatte Anfang des Jahres beantragt, die elektronische Beschilderung wieder in Betrieb zu nehmen. Die Autobahn A113 ist mit elektronischen Geschwindigkeitsanzeigen ausgestattet, die auch bereits für zahlrei-

che Gefährdungslagen, etwa Stau und Sperrungen, genutzt werden. Auch für Geschwindigkeitsbegrenzungen bei Nässe werden diese Anzeigen eingesetzt. Trotz umfangreicher Sanierungen in den letzten Jahren war zunächst auf kleinen Abschnitten die blecherne Geschwindigkeitsbegrenzung auf 60 km/h bei Nässe noch vorhanden. ● jr.



Foto: Silvia & Frank-pixel/2013, pixabay

Herbstlaub sorgt für schöne Bilder – aber auch für Probleme auf Wegen und Straßen.

# Der Herbst ist da und die Blätter fallen...

Regelung zur Laubreinigung

Das Ordnungsamt hat in einer Presseerklärung auf die Regelungen des Straßenreinigungsgesetzes (StrReinG) hingewiesen. In § 4 Abs. 1 Satz 2 StrReinG ist geregelt, dass die ordnungsgemäße Reinigung der im Straßenreinigungsver-

weisen. In § 4 Abs. 1 Satz 2 StrReinG ist geregelt, dass die ordnungsgemäße Reinigung der im Straßenreinigungsver-

zeichnis C aufgeführten Straßen den Anliegerinnen und Anliegern jeweils vor ihren Grundstücken bis zur Straßenmitte obliegt.

Zu einer ordnungsgemäßen Reinigung gehört auch die Beseitigung des Laubs von den Straßenbäumen. Es erfolgt keine Entsorgung durch die BSR oder das Umwelt- und Naturschutzamt.

Die Lagerung von Laub und Schnittgut auf öffentlichem Straßenland stellt eine Ordnungswidrigkeit nach § 8 Abs. 1 i.V.m. § 9 StrReinG dar und kann mit einem Verwarnungsgeld oder einer Geldbuße geahndet werden. Es ist auch nicht statthaft, Laub, welches auf Grundstücken – auch von Straßenbäumen – anfällt, auf öffentliches Straßenland zu fegen, dort zu lagern und somit zu entsorgen.

An den Stämmen der Straßenbäume abgelagertes organisches Material schadet den Bäumen auf längere Sicht, da die in diesem „Komposthaufen“ stattfindenden Fäulnisprozesse deren Rinde angreifen. Auch der vermeintlich gut gemeinte Unkrautschutz der Baumschei-

ben mit einer Mulchschicht oder Rasenschnitt schadet den Bäumen.

Sollte eine Kompostierung des Laubs auf dem eigenen Grundstück nicht möglich sein, können bei der BSR Laubsäcke zum Preis von 4,00 Euro pro Stück erworben werden.

Die Säcke fassen 90 Liter mit maximal 25 Kilogramm. Die Abholung durch die BSR ist im Kaufpreis inbegriffen. Die Säcke können einfach an den Straßenrand gestellt werden. Bitte lehnen Sie die Säcke nicht an Laternen oder Bäume! Bei Selbstanlieferung der Laubsäcke zu einem Recyclinghof der BSR wird 1,00 Euro zurückerstattet. Es werden insgesamt höchstens fünf Säcke angenommen.

Bei kleineren Mengen ist auch eine Entsorgung über die Biogut-Tonne möglich. (Quelle: [www.bsr.de/10008.html](http://www.bsr.de/10008.html))

Der Allgemeine Ordnungsdienst wird in den nächsten Wochen verstärkt die ordnungsgemäße Entsorgung von Laub und Schnittgut in den C-Strassen der Siedlungsgebiete kontrollieren.





## Reinigungsleistung an Schulen verbessert

### Mehr Tagesreinigungskräfte eingesetzt

Die Reinigung von Schulen in Treptow-Köpenick wird künftig besser, das geht aus dem Bericht des Bezirksamtes zu einem Antrag der Fraktion DIE LINKE hervor. Bereits vor vier Jahren hatte der

Sprecher für Schulpolitik, Johann Eberlein (DIE LINKE), nach langen Diskussionsprozessen gefordert, das Bezirksamt möge die Ausschreibungen für die Schulreinigung an die besonderen Be-

dürfnisse der Schulen anpassen und anschließend die Ergebnisse überprüfen. „Das Bezirksamt hat erkannt, dass die Reinigungsleistung in Schulen [...] verbessert werden muss und es [...] spezielle Reinigungsanforderungen gibt“, schreibt das Bezirksamt nun.

Die erforderlichen Leistungen würden jetzt detaillierter beschrieben und geprüft, ob die veranschlagten Zeiten auch realistisch seien. Zudem würde nun vermehrt auf den Einsatz von Ta-

gesreinigungskräften gesetzt und eine zweite Toilettenreinigung am Tag vorgesehen. Regelmäßig würden jetzt auch protokollierte Begehungen und Kontrollen stattfinden. „Ich finde es hervorragend, dass das Bezirksamt endlich erkannt hat, dass unsere Schulen sauberer werden müssen und dafür jetzt einiges tut. Wir werden weiterhin mit den Schulen in Kontakt bleiben und schauen, wie sich die neuen Vorgaben auswirken. Nur in einer angenehmen und sauberen Atmosphäre können unsere Kinder effektiv lernen“, so Eberlein. Dass es vier Jahre und viele Diskussionen brauchte, um diesen Sinneswandel zu erzeugen, sei zu verschmerzen, wenn jetzt endlich die Schulen sauberer würden.

### Bürgeramt bleibt geschlossen

Das Bürgeramt I im Rathaus Köpenick (Alt Köpenick 21, 12555 Berlin) bleibt am Mittwoch, dem 07.11.2018, das Bürgeramt II in Schöneeweide (Michael-Brückner-Straße 1, 12439 Berlin) am Mittwoch, dem 14.11.2018, aufgrund einer Weiterbildungsmaßnahme geschlossen. Die Abholung fertig gestellter Personaldokumente ist an diesem Tag ebenfalls nicht möglich.

Für telefonische Anfragen ist das Info-Telefon uneingeschränkt zu den üblichen Geschäftszeiten über die Rufnummer 115 erreichbar.




Foto: Marina Borkenhagen

*Binnen zwei Monaten müssen die Fahrzeuge entfernt werden, wenn der Bescheid rechtskräftig wird.*

## Erfolg in Karolinenhof

### Schrotthandel muss geschlossen werden

 Seit mehr als zwei Jahren haben die Anwohnerinnen und Anwohner in Karolinenhof mit einem lärmenden Schrotthandel zu kämpfen (das blättchen Nr. 241 berichtete). Nun erging endlich eine Nutzungsuntersagung gegen das störende Gewerbe, das geht aus einem Brief des Bezirksbürgermeisters Igel (SPD) hervor. Immer wieder wurde an der Vetschauer

Allee äußerst geräuschvoll Schrott von einem Container in einen anderen Container umgeladen oder Trennschleifer eingesetzt. Auch an Wochenenden und Sonntagen sorgte das laute Gewerbe im Wohngebiet für Unmut.

Schon frühzeitig wandten sich daher Anwohnerinnen und Anwohner mit dem Problem an die Kommunalpolitik. Bereits 2016 stellte umweltpolitische

Sprecherin Marina Borkenhagen (DIE LINKE) eine entsprechende Anfrage an das Bezirksamt. Es folgte eine langwierige Auseinandersetzung mit dem Amt, die auch Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker bisweilen mit großem Erstaunen zurückließ. „Dem anhaltenden Druck der Bürgerinnen und Bürger ist es zu verdanken, dass das Amt an dieser Stelle nun endlich genau hinschaut und sich letztendlich zu einer Nutzungsuntersagung durchringen konnte“, kommentiert Borkenhagen. Zuvor habe es immer wieder unterschiedliche Signale und Stellungnahmen aus

dem Amt gegeben. Die Verwaltung des AfD-Umweltstadtrates Geschanowski konnte keine Lärmproblematik erkennen. „Nach dem der Antrag des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden, den illegalen Schrotthandel zu unterbinden, im Juni 2018 beschlossen wurde, musste das Bezirksamt jetzt handeln. Wir freuen uns, dass das Ergebnis jetzt so eindeutig ist“, so Edith Karge (DIE LINKE), stellvertretende Ausschussvorsitzende. Der nun vorliegende Widerspruchsbescheid untersagt sowohl den Schrotthandel als auch den bereits beantragten Gebrauchtwagenhandel mit Autovermietung und den Neubau eines Autowaschplatzes. Innerhalb von zwei Wochen müssen nun alle gewerblichen Nutzungen eingestellt, die Eingangstore geschlossen, die Fahrzeuge innerhalb von zwei Monaten entfernt werden. Zwangsmittel wurden im Amtsschreiben angedroht.

Der Eigentümer kann gegen den Bescheid aber noch einen Monat lang Rechtsmittel einlegen. „Ich freue mich, dass sich der lange Kampf der Anwohnerinnen und Anwohner gelohnt hat und nun endlich von Erfolg gekrönt wird. Wir werden aber auch auf den letzten Metern dem Amt noch genau auf die Finger schauen“, so Borkenhagen.





Foto: Joseph Rohmann

Blick in die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung im Rathaus Treptow. Im Vordergrund die Fraktion DIE LINKE.

# Wie funktioniert eigentlich Kommunalpolitik?

## Einführung in die unmittelbare Ebene der Politik

**X** Im vergangenen Jahr hatten wir unter dieser Überschrift über die Struktur der Verwaltung und die Aufgaben der Bezirksverordnetenversammlung sowie des Bezirksamtes informiert. Heute möchten wir über die Arbeit der Fraktion in der BVV informieren. Die Bezirksverordneten sind übrigens ehrenamtlich tätig. Das heißt, nach dem normalen Berufsalltag machen sie als Hobby in ihrer Freizeit Kommunalpolitik. Entlohnt wird das wichtige Engagement über eine kleine Aufwandsentschädigung von etwa 500 Euro monatlich. Für jede Ausschusssitzung gibt es zusätzlich 20 Euro. Im Stadtplanungsausschuss oder der BVV kann die Sitzung schon mal 4-5 Stunden dauern. Das Vor- und Nachbereiten von Sitzungen, Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern und das Einarbeiten in neue politische Probleme ist da schon inklusive.

### Anträge

Die Mitglieder der Fraktion bereiten Anträge vor, die im Bezirksamt Verwaltungshandeln anregen sollen. Diese Anträge entstehen manchmal aus eigenen Beobachtungen, manchmal auch aus der Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern oder Initiativen. Ein solcher Antrag wird zunächst in der Fraktionssitzung in der Woche vor der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) besprochen. Ist die Fraktion mit dem Antrag einverstanden, wird dieser zur BVV eingebracht.

Im Vorfeld der BVV berät der Ältestenrat über die Tagessordnung und den Um-

gang mit den Anträgen. Stößt der Antrag auf die Zustimmung der restlichen Fraktion in der BVV, landet der Antrag auf der Konsensliste. Zusammen mit allen anderen unstrittigen Anträgen und Vorgängen wird der Antrag dann in der BVV im Block abgestimmt und beschlossen oder in die Ausschüsse überwiesen.

Wenn der Antrag zu kontrovers für die Konsensliste ist, wird er in der BVV öffentlich debattiert und abgestimmt.

Wenn ein Antrag über die Konsensliste oder in der Debatte in die Ausschüsse überwiesen worden ist, setzt sich die Diskussion im betreffenden Fachausschuss fort. Hier werden die Stellungen des Bezirksamtes, der Antrag-

## Bürgerfragestunde

Jeder Bürgerin und jedem Bürger stehen Verwaltung und Kommunalparlament Rede und Antwort. In jeder Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung gibt es eine Bürgerfragestunde, in der sachliche Fragen an das Bezirksamt gerichtet werden können. Die zuständigen Stadträte, die Bezirksverordnetenversammlung oder der Bezirksbürgermeister antworten dann persönlich auf die Frage. Die Fragen müssen vorab eingereicht werden. Mit speziellen Anliegen oder Problemen kann man sich auch an den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden wenden. Die Bezirksverordneten nehmen sich dann des Problems im Ausschuss an, versuchen mit den

stellerinnen und Antragsteller diskutiert, gegebenenfalls die Gegenposition dargestellt, Fachleute zum Thema eingeladen und mit Bürgerinnen und Bürgern beraten. Der Ausschuss (und ggf. die weiteren mitberatenden Ausschüsse) geben dann ein Votum zu dem Antrag ab, der mit dieser Beschlussempfehlung zurück in die nächste BVV geht.

Die BVV entscheidet dann über die Beschlussempfehlung des Fachausschusses. Dabei kann es passieren, dass der Beschlussempfehlung des Ausschusses nicht gefolgt wird oder der Antrag zur Beratung zurück in den Ausschuss geht. Wenn die BVV einer den Antrag ablehnenden Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmt, so ist der Antrag

abgelehnt. Ein von der BVV beschlossener Antrag, der BVV-Beschluss, wird dann vom Bezirksamt umgesetzt. Manchmal kommt es dabei auch zu Streit zwischen BVV und Bezirksamt, wenn das Bezirksamt einen unzulässigen Versuch der Mitverwaltung sieht. Zu den BVV-Beschlüssen fertigt das Bezirksamt regelmäßig Zwischenberichte zum aktuellen Stand der Umsetzung. Wenn das Bezirksamt der Meinung ist, den BVV-Beschluss ausreichend umgesetzt zu haben, fertigt es einen Schlussbericht mit dem aktuellen Sachstand. Dieser Schlussbericht wird den Verordneten vorgelegt und erscheint in den Mitteilungen des Vorstehers (MdV) zur BVV und wird dort abgestimmt. Wenn Fraktionen oder Verordnete mit dem Schlussbericht nicht einverstanden sind, können sie ihn in der BVV direkt thematisieren und abstimmen lassen. Stimmt die BVV dem Schlussbericht (oder den MdV als Ganzes) zu, so ist der Vorgang erledigt. Die BVV kann den Schlussbericht aber auch zurückweisen und in einen Zwischenbericht umwandeln. Dann muss das Bezirksamt nachbessern und weiter an der Umsetzung arbeiten. Möglich ist aber auch, dass der Schlussbericht in einen Fachausschuss überwiesen wird. Dort wird dann beraten, wie der weitere Umgang mit dem Problem aussehen könnte. Über die folgende Beschlussempfehlung berät dann wiederum und abschließend die Bezirksverordnetenversammlung.

● Joseph Rohmann

## KONTAKT

### Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205  
 Neue Krugallee 4, 12435 Berlin  
 Tel. / Fax (030) 533 76 07  
 Telefon (030) 902 97 41 61  
 mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de

### Sprechzeiten:

Mo, Mi, Do 15.00 – 18.00 Uhr  
 Dienstag 12.00 – 17.00 Uhr  
 Freitag 10.00 – 13.00 Uhr

[www.linksfraktion-tk.de](http://www.linksfraktion-tk.de)

## IMPRESSUM

### Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift der Fraktion  
 DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick  
 Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),  
 Anja Boensch, Bernhard Brügger, Edith Karge,  
 Helga Pett, Joseph Rohmann  
 Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der  
 BVV Treptow-Köpenick,  
 Redaktion Aus dem Rathaus,  
 Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.  
 Email: [redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de](mailto:redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de)  
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht  
 unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.  
 Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen  
 von Artikeln und Leserbriefen vor.  
 Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung  
 Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH  
 Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin  
 Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. Oktober 2018.  
 Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint am  
 Do. 6. Dez. 2018. Redaktionsschluss dafür: 27.11.18

## KONTAKT

### Geschäftsstelle Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin  
Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792  
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

### Öffnungszeiten:

Montag + Mittwoch 13.00 – 16.00 Uhr  
Dienstag 10.00 – 18.00 Uhr  
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

### Kassenzeiten:

1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)  
13.00 – 15.45 Uhr

### Wahlkreisbüro Stefanie Fuchs, MdA

Allendeweg 1, 12559 Berlin  
Tel. (030) 407436 38  
Fax (030) 407436 39

### Öffnungszeiten:

Mo, Mi, Fr 10.00 – 16.00 Uhr  
Donnerstag 14.00 – 21.00 Uhr

### Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA

Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin  
Tel. (030) 80932758

buero.gennburg@linksfraktion.berlin

### Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 17.00 Uhr  
Mittwoch 10.00 – 17.00 Uhr

**Sprechzeiten vor Ort:** Jeden 3. Montag im Monat von 14.30 – 16.00 Uhr sowie nach Absprache (um vorherige Anmeldung wird gebeten)

### Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdA

Friedrichshagener Str. 1, 12559 Berlin  
Tel. (030) 65940 800  
Fax (030) 65940 801

buergerbuero@carsten-schatz.de

### Öffnungszeiten:

Mo, Di, Do 10.00 – 14.00 Uhr  
Mittwoch 14.00 – 18.00 Uhr

### Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin  
Tel. (030) 63 22 43 57  
Fax (030) 63 22 43 58

gregor.gysi@wk.bundestag.de

### Sprechzeiten:

Mo 13.00 – 16.30 Uhr  
Mi 13.00 – 16.30 Uhr

### Kassenzeiten:

1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)  
13.30 – 16.15 Uhr

[www.dielinke-treptow-koepenick.de](http://www.dielinke-treptow-koepenick.de)

## IMPRESSUM

### blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick  
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Anja Boensch, Bernhard Brügger, Edith Karge, Helga Pett, Joseph Rohmann  
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.  
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.  
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung  
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. Oktober 2018.  
Redaktionsschluss für Ausgabe Dez.: Di 27.11.18  
Ausgabetag blättchen 245: Do. 6. Dezember 2018  
Das blättchen wird aus Spenden finanziert.

## Regionalkonferenz

Am 3. Dezember lädt aras\* - Politische Bildung zur ersten Treptow-Köpenicker Regionalkonferenz unter dem Motto #wirsindmehr ein. Engagierten Schülern wird der Raum zum Kennenlernen gegeben um sich als Akteure im Bezirk zu begreifen und handlungsfähig zu werden.

Foto: Marina Borkenhagen



Der neugewählte Bezirksvorstand

## „Lebendiger und politischer“

### Hauptversammlung DIE LINKE Treptow-Köpenick

Rege Diskussion und konkrete Planung für die Arbeit im kommenden Wahl bestimmten die Hauptversammlung der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick. In mehreren Redebeiträge wurde die Sorge geäußert, dass die Sammlungsbewegung von Sahra Wagenknecht die Partei DIE LINKE in Deutschland spalten könnte. Der Bezirksverband, so wurde unterstrichen, wird sich auf seine Aufgaben konzentrieren und setzt sich für eine solidarische Miteinander für allen Menschen, die in Treptow-Köpenick zu Hause sind ein.

In einem Leitantrag beschloss DIE LINKE Treptow-Köpenick auf allen Ebenen wieder „lebendiger und politischer“ zu werden. Thematische Schwerpunkte sind dabei die Mietpolitik, der Kampf gegen Verdrängung und für bezahlbaren Wohnungsneubau, die Schulsanierung

und der Schulneubau als wichtige Zukunftsinvestition, die Verkehrspolitik – Mobilität bezahlbar für alle – und das Ringen um eine stetige Verbesserung der Bürger\*innenbeteiligung.

### Dem neugewählten Bezirksvorstand (Foto) gehören an:

#### Vorsitzender:

Carsten Schatz; stellv. Vorsitzende: Maren Böning und Petra Reichardt

#### Weitere Vorstandsmitglieder:

Ilona Addis; Marina Borkenhagen; Olaf Liebig; Sylvia Müller; Nico Rohland.

#### Für die Wahlkreise:

**WK 1:** Fabian Wisotzky  
stellv. Olaf Gerlach

**WK 2:** Philipp Wohlfeil  
stellv. Anja Boensch

**WK 3:** Joshua Fehrenz  
stellv. Tino Oestreich

## wir gratulieren im **November** zum Geburtstag

- 93. Anna-Dorothea Klein
- 92. Annemarie Baßler
- 91. Roland Hetzer,  
Elisbeth Hübner,  
Eva Wokeck
- 90. Käthe Heyden
- 85. Hansjoachim Griebel,

Horst Willamowski,  
Kurt Zube

80. Renate Jahn,  
Klaus Schütze

75. Lutz Weise

70. Julia Horbach,  
Christof Kreuziger

**WK 4:** André Schubert  
stellv. Horst Wendler

**WK 5:** Uwe Doering  
stellv. Stefanie Fuchs

**WK 6:** Lutz Putzger  
stellv. Artur Radoschewski

## Bürgersprechstunden

### Gregor Gysi, MdB

**Mittwoch 14.11. von 12–18 Uhr**  
im Bürgerbüro Gregor Gysi,  
Brückenstraße 28 in 12439 Berlin.  
Anmeldungen bitte bei  
André Schubert unter 63 22 43 57

### Stefanie Fuchs, MdA

**Mittwoch, 14.11, 10 – 11.30 Uhr**  
Bürgerbüro Allendeweg 1,  
12559 Berlin  
Anmeldung nicht erforderlich.

### Katalin Gennburg

**19. November 14:30 bis 16:30 Uhr**

**17. Dezember 14:30 bis 16:30 Uhr**

Sozial- / Hartz IV-Beratung:

**27. November 16:00 bis 18:00 Uhr**

**18. Dezember 16:00 bis 18:00 Uhr**  
Mietrechtsberatung:

**20. November 18:00 bis 20:00 Uhr**

**18. Dezember 18:00 bis 20:00 Uhr**

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg „Die Quelle“, Moosdorfstraße 7–9

Für Sprechstunden und Beratungen bitte vorab per Email unter buero.gennburg@linksfraktion.berlin anmelden

### Carsten Schatz, MdA

**Donnerstag, 8.11. von 17–19 Uhr**

Kiezklub Altglienicke  
Ortolffstraße 182-184,

**Donnerstag, 22.11. von 17–19 Uhr**

Bürgerbüro Carsten Schatz,  
Friedrichshagener Straße 1a,

## Was bedeutet Mobilitätsgesetz?

Mit mehr Mobilität zu einer gerechteren Stadtgesellschaft. Was bedeutet das Berliner Mobilitätsgesetz für Treptow und Plänterwald?

Das aktuelle Ausmaß des Autoverkehrs hat ökologisch keine Zukunft, er bedroht unser aller Gesundheit, mindert die Lebensqualität. Aber wie kann in Zukunft gerechte Mobilität für alle aussehen und erkämpft werden?

2015 setzte die Initiative „Volksentscheid Fahrrad“ das Thema Mobilität auf die Tagesordnung der Berliner Politik. Am 28. Juni dieses Jahres verab-

schiedete das Abgeordnetenhaus das bundesweit erste Mobilitätsgesetz. Was besagt es für Berlin? Womit können wir in Alt-Treptow und angrenzenden Stadtbezirken wie Plänterwald und Baum-schulenweg rechnen? Welche mobilitätspolitischen Schwerpunkte sollten gesetzt werden? Was wünschen sich die Bürger\*innen?

Dazu findet eine Wahlkreisveranstaltung von Katalin Gennburg am Mittwoch, 28. November um 19 Uhr in der Kungerkiezgalerie - Karl-Kunger-Straße 15, 12435 Berlin Alt-Treptow, statt.



# Gedenken an Nazi-Terror

## Vor 80 Jahren brannten die Synagogen

Am 9. November 2018 jährt sich zum 80. Mal die sogenannte Reichspogromnacht von 1938. Damals brannten in Deutschland 1400 Synagogen, Gebetsräume und weitere jüdische Versammlungsstätten. Mehrere tausend Geschäfte, Wohnungen und jüdische Friedhöfe wurden zerstört, beziehungsweise geschändet. 400 Juden wurden ermordet oder in den Suizid getrieben. In den folgenden Tagen wurden 30.000 Juden in Konzentrationslager verschleppt. Hunderte verloren dort in kurzer Zeit ihr Leben. Dieses Novemberpogrom war der von den Nationalsozialisten verordnete und lückenlos geplante Übergang von

der Diskriminierung und Ausgrenzung zur systematischen Verfolgung der Juden. Es handelte sich nicht, wie von den Nazis verbreitet, um einen Volksaufstand, sondern um Staatsterror, der zur Shoa und zur Ermordung von sechs Millionen Juden führte.

Im Rahmen der nationalsozialistischen Novemberpogrome wurde auch die damals erst 28 Jahre alte, vom Rixdorfer Architekten Adolf Sommerfeld entworfene, Köpenicker Synagoge von der SA verwüstet, geplündert und in Brand gesetzt.

**Veranstaltungen in Treptow-Köpenick:**  
**So 11.11., 11 Uhr,** Begegnungsstätte PRO, Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4: Ma-

tee zum 80. Jahrestag der NS-Pogromnacht von 1938: Es spricht Peter Neuhof, es musiziert das ukrainisch-russische Duo MaSur.

**So 11.11., 17 Uhr,** am Ort der ehemaligen Synagoge (Freiheit 8): Beginn der Gedenkveranstaltung des Bezirks Treptow-Köpenick Totengedenken EL MALE RACHAMIM mit dem Kantor Isaac Sheffer und dem Jugendchor der Synagoge Pestalozzistraße. Um **17.30 Uhr** wird dann schräg gegenüber in der Freiheit 15, hinter der Joseph-Schmidt-Musikschule Treptow-Köpenick, das Konzert mit jüdisch-liturgischer Musik aus Europa, den USA und Israel stattfinden. Es interpretieren das Synagoga Ensemble Berlin mit Kantor Isaac Sheffer sowie der Jugendchor der Synagoge Pestalozzistraße unter der Leitung von Regina Yantian (Orgel). Der Eintritt ist frei.



### TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

#### POLITIK UND ENGAGEMENT

- Sa 3.11. | 10.30 Uhr** Frühschoppen Spindlersfeld, Dr. Kurt Wernicke, 100 Jahre Novemberrevolution – Hoffnung oder Neubeginn, Gaststätte „Zum Hauptmann von Cöpenick“, Oberspreestraße 148
- Di 6.11. | 18 Uhr** öffentliche Ortsteilversammlung der LINKEN Niederschöneweide, „Den Rechtsruck stoppen. Solidarität und soziale Gerechtigkeit für alle, die in Deutschland leben. Die Gemeinsamkeiten nach vorn stellen!“, mit Thomas Nord, Mitglied des Parteivorstands und Bundestagsabgeordneter, im Gartenhaus des Kulturzentrums Schöneweide „Ratz-Fatz“, Schnellerstr. 81, 12439 Berlin
- Di 6.11. | 19 Uhr** Europa muss eine linke Republik werden! Eine politische Utopie, Diskussion mit Ulrike Guérot und Ares Kalandides, Aquarium am Südblock, Skalitzer Straße 6, 10999 Berlin
- Fr 9.11. | 19 Uhr** Friedenskonzert mit Musikern aus Israel, Syrien und Deutschland, Friedenskirche Grünau, Eintritt frei, [www.friedenkonzert.berlin](http://www.friedenkonzert.berlin), Don-Ugoletti-Platz
- Sa 10.11. | 10 Uhr** Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung – Anspruch, Wirklichkeit, Erfolgsbedingungen, Veranstaltung des kommunalpolitischen forums (berlin) e.V., Haus der Demokratie e.V, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
- So 11.11.** VVN-BdA lädt ein zu den Gedenkveranstaltungen: um 11 Uhr Matinee im Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4, ab 17 Uhr Gedenken an der ehemaligen Synagoge Köpenick Freiheit 8, ab 17.30 Uhr Konzert Freiheit 15
- Mo 12.11. | 14 Uhr** AG Seniorenpolitik, Gedankenaustausch zur Umset-

zung der Beschlüsse der Hauptversammlung DIE LINKE vom 27. Oktober und des Seniorenpolitischen Ratschlages vom 29.09.18, Gäste aus Basisorganisationen und Vereinen und neue ständige Mitstreiter sind herzlich willkommen

**Mi 14.11. | 19 Uhr** Bürgerforum zu europäischen Fragen mit Gregor Gysi, Sportcasino Eiche, Wendenschloßstraße 6, 12559 Berlin

**Mo 19.11. | 17 Uhr** Was ist, was will die linke Sammlungsbewegung „Aufstehen“? Zum Für und Wider in der aktuellen politischen Diskussion. Öffentliches Gespräch mit Dr. Erhard Crome, Rosa-Luxemburg-Stiftung. Basisgruppe „Am Treptower Park“ lädt ein in das Lokal „Jawoll“ am Ärztehaus Plänterwald, Galileistraße 41.

**Mi 28.11. | 18 Uhr** Vortrag von Dietmar Lange: Vor 100 Jahren – Novemberrevolution in Deutschland. Begegnungsstätte Pro, im Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4

**Sa 1.12. | 10.30 Uhr** Frühschoppen Spindlersfeld, Jahresausklang, Gaststätte „Zum Hauptmann von Cöpenick“, Oberspreestraße 148

#### KULTUR UND UNTERHALTUNG

- Sa 3.11. | 10.30 Uhr** „Wilde und zarte Träume. Anna Seghers – Jahre im Pariser Exil 1933–1940“ Monika Melchert stellt ihr neues Buch vor und erzählt, wie Anna Seghers unter wachsender Bedrohung ein Schreiben entfaltet, in dem sie Politik und Poesie auf einzigartige Weise verbindet. Kulturzentrum Schöneweide Ratz-Fatz, Schnellerstraße 81,
- Di 6.11. | 19 Uhr** Konzert im Club: Harfe im Duo mit Akkordeon. Mit dem Duo Bajan, Anna Steinkogler &

Valentin Butt – von Bach bis Piazzolla arrangieren sie selbst, was ihnen gefällt, erschaffen ihre eigene Klangwelt und lieben das Verschwimmen von Grenzen und zugeschriebenen Rollen. Kulturbund Treptow, Ernststraße 14

**Fr 16.11. | 18 Uhr** Theater, „Der Schlüssel zur Sauna“, frei nach einer Erzählung von Anton Tschechow. Es spielt die „Theatergruppe Oberspreewald“. Kulturzentrum Schöneweide Ratz-Fatz, Schnellerstraße 81,

**Di 20.11. | 19 Uhr** Film im Club: Sklavin der Liebe, Sowjetunion 1976, Regie: Nikita Michalkow Filmvortrag von Irina Vogt, Filmwissenschaftlerin. Ein Filmteam reist während des russischen Bürgerkrieges von Moskau nach Odessa... Michalkows lyrisch erzählter Film zeigt, wie der Einzelne zwischen den gegensätzlichen Kräften droht, zerrieben zu werden. Kulturbund Treptow, Ernststraße 14

**Fr 23.11. | 18 Uhr** „Von Eisler bis Kreisler“. Lieder und Chansons von Hanns Eisler bis Georg Kreisler mit Roswitha Hegewald, am Klavier Uwe Streibel. Kulturzentrum Schöneweide Ratz-Fatz, Schnellerstr. 81,

**Di 27.11. | 19 Uhr** Vortrag im Club: Kiel-Wladiwostok-Kiel. Mit dem Auto von der Ostsee zum Pazifik. Der Bildervortrag von Heiko Klotz schildert seine lange, abenteuerliche Reise quer durch Russland bis nach Wladiwostok, Russlands Tor zum Pazifik. Kulturbund Treptow, Ernststraße 14

#### RAT UND TAT

**Mo 12.11. | 17 Uhr** Rechtsanwalt Kay Fülleln führt eine kostenlose Beratung zu Sozial- und Mietrechtsfra-

gen durch. Diese ersetzt keine anwaltliche Vertretung, es kann aber eine Einschätzung in Ihrer Angelegenheit gegeben werden und Sie erhalten Tipps, welche Schritte zu unternehmen sind. Anmeldung per email ([gregor.gysi@wk.bundestag.de](mailto:gregor.gysi@wk.bundestag.de)) oder telefonisch (030-63224357) Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28

#### KONFERENZEN UND SITZUNGEN

- Mo 5.11. | 17 Uhr** Basistreffen, Allendeweg 1, 12559 Berlin
- Di 13.11. | 18.30 Uhr** Bezirksvorstand, Allendeweg 1, 12559 Berlin
- Di 27.11. | 18.30 Uhr** Bezirksvorstand, Brückenstraße 28, 12439 Berlin
- Mo 3.12. | 17 Uhr** Basistreffen, Allendeweg 1, 12559 Berlin

#### Landesarbeitsgemeinschaften

- Do 1.11. | 18.30 Uhr** LAG Politische Bildung, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
- So 4.11. | 15 Uhr** LAG Wirtschaftspolitik, Weidenweg 17, 10249 Berlin
- Mo 5.11. | 18.45 Uhr** LAG Netzpolitik Bürgerbüro, Schierker Straße 26, 12051 Berlin
- Do 15.11. | 19 Uhr** LAG Drogenpolitik, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
- Fr 16.11. | 18 Uhr** LAG Schule und Bildung, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
- Di 27.11. | 18.30 Uhr** LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
- Mo 3.12. | 18.45 Uhr** LAG Netzpolitik Bürgerbüro, Schierker Straße 26, 12051 Berlin
- So 2.12. | 15 Uhr** LAG Wirtschaftspolitik, Weidenweg 17, 10249 Berlin



Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: [www.dielinke-treptow-koepenick.de](http://www.dielinke-treptow-koepenick.de)